

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jörg Leichtfried,
Genossinnen und Genossen

betreffend keine Vervierfachung der CO2-Steuer bis 2030

eingebracht in der Sitzung des Nationalrates am 25. Mai 2023 im Zuge der Debatte zu TOP 8 Antrag der Abgeordneten Mag. Andreas Hanger, Mag. Dr. Jakob Schwarz, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Erdgasabgabegesetz, das Elektrizitätsabgabegesetz und das Bundesgesetz über den Energiekrisenbeitrag-Strom geändert werden (3373/A).

Die Bundesregierung hat Österreich zum Inflationseuropameister gemacht. Es gibt heute kein einziges Land in Westeuropa mit einer höheren Teuerung als Österreich. Alle Warnungen der Oppositionsparteien wurden in den Wind geschlagen. Man war nicht bereit regulatorisch in die Preise einzutreten, sodass die Preise wie in anderen Ländern wieder sinken, statt weiter zu steigen.

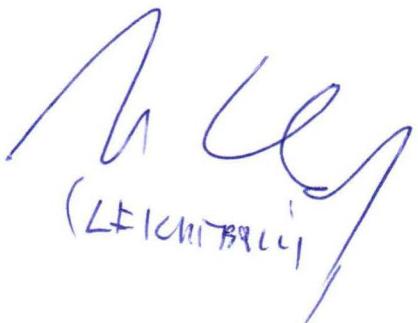
Wenn es allerdings darum geht Maßnahmen zu setzen, die preiserhöhend wirken, ist die österreichische Bundesregierung nicht so zimperlich. Man hätte die CO2-Steuer auf Antrag der SPÖ aussetzen können, stattdessen wurde sie mit 1.1.2023 sogar erhöht. Wie das Nachrichtenmagazin Profil aufdeckte, gibt es im Ministerium von Umweltministerin Gewessler konkrete Pläne, die CO2-Steuer bis zum Jahr 2030 sogar auf 240 Euro pro Tonne – im Vergleich zu 55 Euro pro Tonne im Jahr 2025 – mehr als zu vervierfachen.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die medial kolportierten Pläne von Umweltministerin Gewessler, die CO2-Steuer bis zum Jahr 2030 auf 240 Euro pro Tonne zu vervielfachen, nicht umzusetzen.“


(Leichtfried)
Jörg Leichtfried
(CLAIMER)


Comelia Ecker
Comelia Ecker


Comelia Ecker
(Comelia Ecker)